

# Differenz, Indifferenz, Intervention: Sudan und die internationale Gemeinschaft

*Sudan stelle sich den Vereinten Nationen als »äußerst vielschichtig« dar; die Lage dort sei »eine Mischung aus einigen Entwicklungen positiver Art und anderen, die Anlaß zu allergrößter Besorgnis geben«. So Tom Vraalsen, Sonderabgesandter von Generalsekretär Kofi Annan für humanitäre Angelegenheiten in Sachen Sudan, Ende April am Sitz der Vereinten Nationen gegenüber der Presse. Seitens des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) des UN-Sekretariats wurden bei der gleichen Gelegenheit die beiden Konfliktparteien des Landes einmal mehr dazu aufgerufen, »den humanitären Organisationen die Fortsetzung ihrer Arbeit zu ermöglichen«. Schließlich stellten »die Vereinten Nationen und ihre Partner unter den nichtstaatlichen Organisationen Hilfe für annähernd sechs Millionen Menschen bereit«; das sei das wohl umfangreichste derzeit laufende Programm der humanitären Hilfe überhaupt. Mit der »Aktion Überlebensbrücke Sudan« (Operation Lifeline Sudan, OLS) zur Unterstützung der Zivilbevölkerung unternehmen die UN und international tätige nichtstaatliche Organisationen (NGOs) seit 1989 eine gewaltige Kraftanstrengung. Um die Hilfe zu den Bedürftigen zu bringen, bedarf die OLS der Zugangserlaubnis seitens der am Konflikt Beteiligten; durchaus bemerkenswert ist das Bestehen eines Dreiparteiausschusses, des Technischen Ausschusses für humanitäre Hilfe (Technical Committee on Humanitarian Assistance, TCHA), der von der sudanesischen Regierung, der größten Rebellenbewegung und den Vereinten Nationen beschickt wird. Die OLS versinnbildlicht ein mittlerweile nachgerade klassisches Dilemma: Wirkt die humanitäre Hilfe, die während eines noch andauernden Waffengangs geleistet wird, nicht geradezu konfliktverlängernd? Und liegt die Machtfülle der ausländischen NGOs vor Ort nicht nur quer zur staatlichen Souveränität, sondern auch zur Herausbildung einer unabhängigen Zivilgesellschaft?*

*Sudan wurde am 12. November 1956 als 77. Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen. Seither traten innere Konflikte immer wieder zutage; sie wiesen vielfältige Wechselbeziehungen zur Weltpolitik und zur Lage in der gesamten Region – von den Quellen bis zur Mündung des Nils, am Horn von Afrika und im Nahen Osten – auf. Heute gibt vor allem die Menschenrechtssituation in dem nordostafrikanischen Land Anlaß zu internationaler Besorgnis. Die in der Tat vielschichtige Realität wurzelt auch hier in einer nicht minder komplexen Geschichte; sie wird nachstehend aus zwei unterschiedlichen Perspektiven – der des Ethnologen und der des Experten für den internationalen Menschenrechtsschutz – betrachtet.*

## Sudanesische Synthesen

### Zu den Hintergründen eines afrikanischen Dauerkonflikts

BERNHARD STRECK

Der längste Krieg der afrikanischen Neuzeit hat schon viele Kommentierungen erfahren: Kolonialismus, Religion, Ökologie oder Wirtschaft sind mit einigem Erfolg auf Konfliktursachen hin untersucht worden. Der sogenannte Bürgerkrieg tritt zur Zeit in eine neue Phase, in der das seit kaum drei Jahren geförderte Erdöl eine entscheidende Rolle spielt. Die Sudan-Kenner sind mit Prognosen zurückhaltender geworden. Ausbluten und Erschöpfung, die Ursache vieler Kriegsbeendigungen, haben an Wahrscheinlichkeit verloren. Sudan wird auch als erdölexportierendes Land ein Problemfall der Staatengemeinschaft sein. Hier sollen dazu einige Aspekte aus Geschichte und Gegenwart beleuchtet werden, die zugleich die Skepsis und Bescheidenheit der wissenschaftlichen Afrikaexperten erklären können.

\*

Das Land, das den einst allen Gegenden jenseits der Wüste Sahara von den Arabern gegebenen Namen »Land der Schwarzen« (bilād as-Sūdān) behalten hat, umfaßt mit seinen 2,5 Millionen Quadratkilometern nahezu alle ökologischen Zonen Afrikas. Doch gelten nur 35 vH davon als »kulturfähig«, und von diesen Flächen sind kaum 10 vH der »modernen« Ökonomie zuzurechnen; sie konzentrieren sich überdies auf die Gebiete südlich des Zusammenflusses von Blauem und Weißem Nil. Schon diese geographischen Bedingungen, die weite Teile als verkehrsmäßig und volkswirtschaftlich unerschlossen erscheinen lassen, sollten bei internationalen Vergleichen zur Vorsicht mahnen. Hinzu kommt die Heterogenität einer Bevölkerung von annähernd 30 Millionen Menschen, die sich 600 verschiedenen Ethnien zurechnen, welche über 100 verschiedene Sprachen sprechen. Trotzdem geben 55 vH als Muttersprache das Arabische an, das als Verkehrssprache im ganzen Land verbreitet ist. Von der Religionsstatistik her ergibt sich ein noch konformeres Bild: 62,8 vH

Muslime stehen nur 24 vH Heiden und 13,4 vH Christen gegenüber<sup>1</sup>. Arabisierung und Islamisierung erschienen den postkolonialen Regierungen als Hauptstrategien der Nationwerdung – eine Schicksalsfrage angesichts der 85 vH Sudanesen, die sich auch bei arabischer Muttersprache und islamischer Religion primär einer Stammesgesellschaft zugehörig fühlen.

Die heutige Konfliktforschung<sup>2</sup> sieht ethnische und kulturelle Homogenität nicht mehr als Voraussetzung friedlicher Verkehrsformen an. Damit weigert sie sich, Ethnizität – das durch Konkurrenz herausgeforderte »Wir-Gefühl« selbstorganisierter Gruppen – als eine Hauptursache bewaffneter Auseinandersetzungen zu akzeptieren; gerade Afrika bietet eine Fülle von Beispielen, wo Differenzen die Integration erleichtern – am deutlichsten in kastenähnlichen Ordnungen, aber auch bei komplementären Klanprofilen. Dazu hat eine Neuinterpretation des auf den französischen Soziologen Emile Durkheim und den englischen Sozialanthropologen Edward Evans-Pritchard zurückgehenden Modells der segmentären Gesellschaft<sup>3</sup> ebenso beigetragen wie die Wiederentdeckung der intertribalen Vernetzung.

### Erbe der Vergangenheit

Der Staat ist im Nilsudan eine seit über 4000 Jahren bekannte Einrichtung, auch wenn diese ehrwürdige Tradition mit modernen Schlagworten wie Zivilgesellschaft oder Partizipation nicht in Verbindung gebracht werden darf. Herrschaft am Nil ist zwar immer identisch mit Verwaltung und Organisation, sie kommt aber von oben und außen, ist strukturell Fremdherrschaft, so wie es Karl August Wittfogel für viele archaische Staatstraditionen herausgearbeitet hat. Zu diesem Modell der sogenannten Asiatischen Produktionsweise gehört die tiefe Kluft zwischen der eingessenen Bevölkerung – in Sudan also Flußoasenbewohner, Steppennomaden und

Bergbauern – und den durch ihre fremde Herkunft geeinten Usurpatoren, Machthabern und Neuerern, die den immer prekären Landfrieden mittels ebenfalls häufig landfremden Militärs aufrechterhalten. In einer solchen Geschichte verliert die Differenz zwischen Autonomie und Heteronomie ihre Bedeutung: Bis zu einem gewissen Grade ist die Landbevölkerung Sudans immer autonom gewesen, und auch einheimische Potentaten brauchten für ihren Machterhalt die Anbindung an überregionale militärische, religiöse und vor allem kommerzielle Netzwerke.

Zu dieser doppelbödigen Politikgeschichte gehört auch ein Konfliktmuster, das auf der lokalen Ebene den Rhythmus von Inklusion und Exklusion nach dem segmentären Prinzip weiterführt, auf der Ebene der Machtzentren aber interessanterweise einer dualistischen Vorgabe zu folgen scheint. Selbst eindeutige Asymmetrien wie zwischen dem mächtigen Altägypten (insbesondere dem Neuen Reich) und seinen südlichen Nachbarn Kerma, später Kush, konnten sich umkehren, und fast alle späteren Reichsgebilde waren von bipolaren Gegensätzen geprägt: Napata und Meroe, Unter- und Obernubien, Funj und Abdallâb. Die Bedrohung der Zentren am Nil ging nicht wie in Ibn Khaldûns (für andere orientalische Regionen entwickelten) Modell von der nomadischen Peripherie aus, sondern vom ähnlich strukturierten Rivalen, der sich in den Auseinandersetzungen weniger auf die Loyalität der eigenen Untertanen als auf die Macht seiner aus der Fremde kommenden Berater und Söldner verlassen mußte.

In diese lange und prägende Politikgeschichte brachte nun der Kolonialismus eine neue Qualität ein, die man heute Entwicklung nennt. Feuerwaffen kamen zwar schon um 1600 aus dem westafrikanischen Bornu ins Land, aber die osmanischen Eroberer, die im Norden des Landes zunächst mit relativ wenig ambitionierten Statthaltern schon seit dem 16. Jahrhundert präsent waren, koppelten um 1820 ihre militärische Brutalität und räuberischen Eifer mit zivilisatorischer Sendung. Sudan wurde an den Modernisierungsschub Mehmet Alis (1769-1849), des osmanischen Vizekönigs in Kairo, zwangsweise angeschlossen, wozu eine starke Truppe europäischer Experten (so Romolo Gessi 1831-1881, Eduard Schnitzer alias Emin Pascha 1840-1892 oder Charles George Gordon 1833-1885) zum Einsatz kam. In der lokalen Überlieferung wird diese Phase der ›Turkiya‹, die Sudan nach antikem Muster als Reservoir für Sklaven und Gold nutzte, fast nur negativ erinnert und die Erhebung 1882-1885 unter Führung des Dongolaners Mohammed Ahmed el Mahdi (1844-1885) entsprechend zur nationalen Befreiung stilisiert. Die vornehmlich britische Rekonstruktion stellt dagegen die 13 Jahre ›Unabhängigkeit‹ der Zeit des Mahdi als zivilisatorischen Niedergang mit Millionen von Opfern dar.

Die zweite Kolonisierung von 1898 bis 1956 wiederholte den Anspruch der europäisch beratenen Osmanen, Sudan an die Weltwirtschaft anzukoppeln, war damit aber weit erfolgreicher. Wohl war die Schlacht bei Kerreri am 2. September 1898, in der 60 000 Mahdi-Krieger in das Maschinengewehrfeuer der Briten und Ägypter hineinritten, ein Paradebeispiel für die Asymmetrie von Kolonialkriegen; andererseits setzte danach eine Aufbauarbeit ein, die in jeder Beziehung das Fundament des heutigen Staates legte. Dazu gehörte insbesondere die Innovation der sachorientierten Verwaltung (good government), die Organisation der riesigen Räume nach tribalem Muster – eine Variante der ›indirekten Herrschaft‹ –, die Etablierung einer Infrastruktur (vor allem Städtebau, Schienenbau, Schifffahrt) und die agroindustrielle Nutzung des Nilwassers, insbesondere für den Anbau von Baumwolle. Diese revolutionäre Modernisierung war nicht ohne die auch in anderen Kolonien üblichen Gewaltakte möglich – Darfur wurde 1916 bombardiert, der Krieg in den Nubabergen dauerte bis 1938 –, und doch vermittelte die von nur 5000 Mann der ›Sudan Defence Force‹ aufrechterhaltene ›pax colonica‹ zum ersten und leider bislang auch einzigen Male einen dauerhaften

Landfrieden, der seither als Maßstab gilt. Auch auf dem flachen Land, wo man die Sicherheit schon immer gerne in der eigenen Hand behalten hatte<sup>4</sup>, hat man heute diese Periode als glücklich in Erinnerung. Dafür sind insbesondere die Versager in den aufeinanderfolgenden Regierungen nach der Unabhängigkeit verantwortlich.

Die Unabhängigkeitsbewegung Sudans muß in Verbindung mit der Nahostproblematik, insbesondere mit der Entwicklung in Ägypten, gesehen werden; formell war der ›anglo-ägyptische Sudan‹ Teil Ägyptens. Während ägyptische Nationalisten und ihre arabischsprachigen Gesinnungsgenossen in Sudan sich im Kampf gegen Kolonialismus und Zionismus im wesentlichen einig wußten, arbeitete die britische Politik auf eine Spaltung des Landes hin. Der ›afrikanisch‹ erscheinende Süden sollte vor weiterer Arabisierung und Islamisierung geschützt werden, beziehungsweise sollte diese teils schon im frühen 19. Jahrhundert begonnene Entwicklung rückgängig gemacht werden. Umgekehrt sollten sich die christlichen Missionen, die den Süden schon bald lückenlos unter sich aufgeteilt hatten, mit wenigen Ausnahmen aus den arabischsprachigen Teilen heraushalten. In der Konsequenz lief diese zweigleisige Bildungs- und Kulturpolitik auf eine getrennte Unabhängigkeit hinaus, auch wenn koptische Sudanesen den Verlust des ›ägyptischen Hinterlands‹ im Süden (das man im 19. Jahrhundert ja gern bis zu den Nilquellen ausgedehnt hätte) beklagen mochten.

Daß es nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu dieser Separierung in einen mit Ägypten assoziierten arabischsprachigen Sudan und einen nach Uganda und Kenia orientierten anglophon verwalteten Südsudan kommen konnte, lag wohl an der Gründung des Judenstaats 1948, dessen Korona von Feinden nach dem Sturz der Monarchie vom nasseristischen Ägypten angeführt wurde. Die von langer Hand vorbereitete Trennung des Nilsudan wurde hastig zurückgenommen. Die Unabhängigkeit am 1. Januar 1956 war kaum gefeiert worden, da rebellierten Offiziere im Süden schon gegen ihre sich abzeichnende Zukunft »unter dem Stiefel« des Nordens<sup>5</sup>. Daß in beiden Bürgerkriegsphasen, von 1955 bis 1972<sup>6</sup> und dann ab 1983<sup>7</sup>, der Westen und insbesondere das junge Israel als Unterstützer der rebellischen Südsudanesen ausgemacht werden konnten, bestätigte das Bewußtsein aller postkolonialen Regierungen in Khartum, ihre arabisch-muslimische Identität und Zugehörigkeit zu einem panarabischen Unabhängigkeitsauftrag mit allen Mitteln verteidigen zu müssen<sup>8</sup>.

### Chancen der Entwicklung

Der unabhängig gewordene Gesamtstaat war folglich mit starken Hypotheken belastet; er besaß aber auch gewaltige Potentiale, die auf ihre Entwicklung und Erschließung warteten. Die Weichen dazu hatte die britische Kolonialmacht gestellt: mit demokratischen Institutionen, modernen Gesetzen, einem säkularen Bildungssystem und einer korruptionsarmen Verwaltung. Viele Intellektuelle, Künstler, Säkularisten, auch Kommunisten, vor allem Gewerkschafter (so gab es 43 000 Eisenbahner) freuten sich über diese zivilgesellschaftlichen Ansätze – ob sie diese Güter auch richtig zu schätzen wußten, muß dahingestellt bleiben. Eine Mehrparteiendemokratie wurde nur dreimal gewagt (1954-1958, 1964-1969 und 1985-1989) – mit nicht sehr überzeugenden Ergebnissen. Man kann dies auf die sich gegenseitig blockierenden Traditionsparteien der Umma (eng mit der mahdistischen Bewegung der Ansâr verbunden) und der Unionisten (mit der ägyptenorientierten Khatmiya-Bruderschaft alliiert) zurückführen. Wesentlich effektiver – wenn davon angesichts schier unlösbarer Aufgaben und bescheidener Mittel überhaupt geredet werden kann – waren die Militärdiktaturen von Ibrahim Abboud, der für eine Industrialisierungswelle sorgte, Jaafer Numeiri, der das Friedensabkommen von Addis Abeba 1972 zuwege brachte, und Omar al-Beshir, der aus Sudan einen Ölstaat machte.

Bis zu dem von Moskau gesteuerten gescheiterten Putsch der Obri-



Ölexploration in Sudan. – Quelle: International Crisis Group, *God, Oil and Country. Changing the Logic of War in Sudan*, Brüssel 2002.

sten Atta und Riad gegen Numeiri 1971 galt Sudan als Sympathisant der Sowjetunion. Viele der Industrieinvestitionen Abbouds sowie die Eisenbahn in den Westen und Süden des Landes wurden mit Krediten des Ostblocks finanziert, die Armee bekam sowjetische Waffen, die DDR bildete den Geheimdienst aus. Danach wendete sich das Blatt; die Vereinigten Staaten mit ihren reichen Verbündeten nahmen sich des bedürftigen Landes an. Insbesondere nach dem international gefeierten Friedensabkommen mit dem Süden von 1972 regnete es Zuwendungen, und Sudan, nicht nur der verwüstete Süden, wurde zum Aktionsfeld unterschiedlichster Hilfs- und Aufbauorganisationen. Größter Profiteur war aber auch in dieser Zwischenkriegszeit das Militär, das Mercedes-LKW bekam und sie bald durch Magirus-LKW ersetzen konnte, das schon in den siebziger Jahren von einer 30 000 Mann starken Polizeitruppe unterstützt wurde und das in den achtziger Jahren auf 70 000 Mann anwachsen durfte, bevor al-Beshir die allgemeine Wehrpflicht einführte.

An internationaler Hilfe – ob multi- oder bilateral – fehlte es dem großen Land nie. Hinzu kamen schwer bezifferbare Investitionen und Zuschüsse aus den Ölstaaten, die Moscheen, islamische Banken, Schulen und Hochschulen finanzierten. Das spätestens seit der Ölkrise verschwenderisch auftretende ›arabia felix‹ lenkte gewiß seine großen Kapitalströme in ergiebigere Gefilde, aber vergessen hatte es seinen armen Vetter jenseits des Roten Meeres nicht. Neben dem Bildungs- und Zivilisierungsauftrag, den die arabischen Ölstaaten auch in anderen afrikanischen Ländern ernstnehmen, ist die sprunghaft gestiegene Wanderarbeit zu nennen, über die jährlich viele Millionen von Petrodollars ins Land kommen. Insbesondere aber erschien das riesige Agrarland Sudan den reichen Staaten des Nahen Ostens mit ihren dünnen Biotopen als ein ideales Reservoir für die Erzeugung von Nahrungsmitteln, das sie von den getreideexportierenden Ländern des Westens unabhängig machen könnte.

Über die ›Brotkorbstrategie‹ der arabischen Länder für den Sudan ist damals viel geforscht und geschrieben worden<sup>9</sup>; zeitweise galt sie als paradigmatisch für internationale Dreiecksgeschäfte, in denen sich

afrikanische Arbeitskraft, westliche Technik und das Kapital der Ölländer zum allseitigen Vorteil mischten. Seither werden im ganzen geographischen Sudangürtel (500 – 1000 mm jährlicher Niederschlag) staatliche und private Agrarprojekte gefördert, die den Hirten und Subsistenzbauern das Land wegnehmen und nach wenigen Jahren Intensivnutzung als Ödland zurücklassen.

Ein nicht nur mit der Brotkorbvision zusammenhängendes Großprojekt ist der Jonglei-Kanal. Seit 1904 wird die Drainage des riesigen Nilsumpfes (sudd) um die Zusammenflüsse von Bergnil, Gazellenfluß, Giraffenfluß und Sobat diskutiert, an dessen Rhythmus die aus Viehhaltung und Anbau kombinierte Wirtschaft der nilotischsprachigen Bewohner zwar seit alters angepaßt ist, der aber andererseits sehr viel Wasser verdunsten läßt, das weiter im Norden heiß umkämpft ist. Nachdem geklärt war, daß die mit dem Kanal zusätzlich zu gewinnenden 1,5 Millionen Hektar Reisanbauparzellen nicht ägyptischen Neusiedlern, sondern der einheimischen Bevölkerung zugute kommen sollte, stimmte 1974 die Regierung des halbautonomen Juba zu, und vier Jahre später begann eine riesige Maschine mit dem Erdaushub. 1984, nachdem 250 der 360 km Kanallänge gegraben waren, stellte die französische Firma aus Sicherheitsgründen die Arbeiten ein.

Gegen die Wiederaufnahme der Kanalarbeiten gibt es Protest aus Umweltgründen; außerdem seien die Interessen der Nilbeckenbewohner nicht ausreichend berücksichtigt. Letzteres Argument, von südsudanesischen Intellektuellen gegen alle Vorhaben der Zentralregierung ins Feld geführt, trifft nun tatsächlich für das größte gegenwärtige Investitionsvorhaben zu, das wohl auch ein Wiederaufklackern des blutigen Bürgerkriegs mitverursacht hat: Der Chevron-Konzern investierte zwischen 1980 und 1984 etwa 1,7 Mrd US-Dollar in die Ölprospektion. Als 1981 publik wurde, daß Vorkommen in rentablen Mengen vermutet werden konnten, kündigte Numeiri das Autonomieabkommen, um die Ausbeutung des neuen Reichtums der Kontrolle Khartums zu unterstellen. Die Rebellen versuchten alles, um dies zu hintertreiben. In der Tat räumte Chevron das Feld, aber die 1989 an die Macht gelangte Militärregierung sorgte mit einzigartiger Rücksichtslosigkeit dafür, daß die Ölfelder für die Experten wieder zugänglich wurden und der fossile Reichtum endlich der Regierungskasse zugute kommen konnte.

Die ›Greater Nile Petroleum Operating Company‹ (GNPOC) besteht aus der ›Chinese National Oil Corporation‹ (40 vH), der ›Malaysian Petronas Carigali Overseas‹ (30 vH), der ›Canadian Talisman Energy Inc.‹ (25 vH) und dem staatlichen sudanesischen Ölunternehmen ›Sudapet‹ (5 vH). Auch Firmen aus anderen Ländern sind an dazugehörigen Investitionen beteiligt, so aus Bulgarien, Großbritannien, Österreich (OMV und VA Tech), Polen, Rußland, Schweden und Ukraine<sup>10</sup>. Selbst Deutschland ist mit Mannesmannröhren für mehr als ein Drittel der 1400 km langen Pipeline nach Port Sudan involviert. Das flüssige Gold strömt seit 1999 und spült seither jährlich mehrere hundert Millionen Dollar in die Staatskasse. Damit ist Sudan, jahrelang im Abseits der internationalen Staatengemeinschaft und von den USA als ›Schurkenstaat‹ abgestempelt, politisch und ökonomisch wieder kreditwürdig. Unverzüglich kondolierten Staatsoberhaupt al-Beshir und sein immer selbständiger werdender Vize Ali Osman Mohammed Taha im September 2001 Präsident George W. Bush zu den Opfern des Terroranschlags, und der UN-Sicherheitsrat hob die Sanktionen gegen das Land auf, die nach dem Anschlag auf den ägyptischen Präsidenten Mubarak 1995 in Addis Abeba verhängt worden waren<sup>11</sup>.

Auch die Nachbarländer, die nach bewährtem Muster die Feinde der sudanesischen Regierung zu unterstützen pflegten, versprachen nach Vermittlung der nordafrikanischen Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD) Umkehr. Im Gegenzug stellte Khartoum seine Hilfe für die vom Süden Sudans aus gegen Uganda operierende ›Widerstandarmee des Herrn‹ (LRA) ein. Einzig die USA, die



unter Präsident Clinton am 20. August 1998 Ash-Shiffa, die größte pharmazeutische Fabrik des Landes, wegen eines (bisher nicht bestätigten) Verdachts der Produktion biologischer und chemischer Waffen bombardiert hatten, mißtrauen der Wende in einem Land, das von 1991 bis 1996 ihren derzeitigen Hauptfeind Usama Bin Laden beherbergt hatte – nicht zuletzt auch angesichts der anti-amerikanischen Straßenproteste nach den ersten Militärschlägen auf Afghanistan. Washington verlängerte deswegen im November vergangenen Jahres seine unilateralen Sanktionen und wollte erst einmal substantielle Verbesserungen der Menschenrechtssituation abwarten. Zusätzlicher Druck zu konformem Verhalten ging davon aus, daß am 5. Dezember 2001 die früher von der sudanesischen Regierung unterstützte LRA auf die offizielle Terroristenliste der USA gesetzt wurde. Der ehemalige Senator John C. Danforth wurde von Präsident Bush zum Sonderbeauftragten für Sudan ernannt; er bereiste verschiedene Landesteile und erklärte die Nubaberge, eine vom Krieg besonders in Mitleidenschaft gezogene Gegend, zum Testfall für die neue Politik. Im Januar dieses Jahres führte er Verhandlungen mit den Bürgerkriegsparteien auf dem Bürgerstock in der Schweiz; das Ergebnis war die Vereinbarung eines sechsmonatigen Waffenstillstands für Südkordofan.

Damit kann das seit 1985 zwischen die Fronten geratene Bergland endlich an jene Versorgungskanäle angeschlossen werden, die unter dem Namen ›Überlebensbrücke Sudan‹ (OLS) schon vielen Menschen weiter im Süden das Leben gerettet haben<sup>12</sup>. Die OLS war 1989 von 40 NGOs unter Federführung des UNICEF gegründet worden und kostet im Jahr etwa 1 Mrd Dollar. Die Versorgungsflüge, die gerne mit der Berliner Luftbrücke von 1948 verglichen werden, starten im kenianischen Grenzort Lokichokio. Zunächst waren es Hungerzentren in Äquatoria, die versorgt wurden, 1992 konnte die Hilfe in die Gazellenflußprovinz ausgedehnt werden, seit Mitte der neunziger Jahre nach Obernil. Es gibt Sudan-Kenner, die diese groß dimensionierte Versorgungsaktion für die Perpetuierung des Krieges mitverantwortlich machen<sup>13</sup>. Oft auch kämen sich abgeworfene Nahrungspakete und tödliche Bomben sehr nahe; die beteiligten Piloten weisen diese Kritik zurück und betonen das Risiko ihrer Einsätze, etwa auf der 1200 km langen Distanz zwischen Lokichokio und Raga im Westen der Gazellenflußprovinz geeignete Verteilungsplätze auszumachen.

### Konfliktlinien

Die bislang aufgeführten Chancen der Entwicklung ändern nichts am insgesamt katastrophalen Erscheinungsbild des riesigen Landes. Vier bis fünf Millionen Einwohner haben ihre Heimat verlassen, um in sichereren Gegenden zu überleben; etwa 1,8 Millionen von ihnen leben in oder nahe der Hauptstadt. Generell zur Frage der Binnenvertriebenen hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen einen Beauftragten berufen, den südsudanesischen, aus einer Dinka-Familie stammenden Sozialwissenschaftler Francis Mading Deng. In Ergänzung seines umfassenden Berichts über erzwungene Massenzwanderungen und Binnenvertriebene<sup>14</sup> hat Deng in diesem Jahr die Menschenrechtskommission über seinen Besuch in Sudan im September 2001 informiert<sup>15</sup>. Zum Ausmaß jenes Elends, in dem die Flüchtlingskonvention nicht greift, gibt es unterschiedliche Einschätzungen, ebenso hinsichtlich der von ›Amnesty International‹ immer wieder angeprangerten Menschenrechtsverletzungen, zu denen willkürliche Verhaftungen, das Verschwindenlassen von Personen, standrechtliche Exekutionen, ›hadd‹-Strafen<sup>16</sup>, Folter, Sklaverei und Massaker an Andersgläubigen gehören. Diesen Grausamkeiten stehen die Rebellentruppen mit ihren Vergeltungsaktionen an der Zivilbevölkerung, ihren Erpressungstaktiken und ihrer Rekrutierung von Kindersoldaten kaum nach.

Für die westliche Medienindustrie ist das Krankheitsbild Sudans so deutlich, daß das Interesse, darüber zu berichten, im allgemeinen

schwach geworden ist. Wenn Meldungen erscheinen, reproduzieren sie das bestehende Klischee: Die Schwarzafrikaner des Südens, meist christlich und westlich orientiert, wehren sich gegen die Dominanz des Nordens und seine Politik der Islamisierung und Arabisierung. Dieses Erklärungsmuster ist nicht falsch, doch – wie viele Schablonen der internationalen Politik – zu grob für das Gewirr von Konflikten, das Sudan bei genauerer Betrachtung zeigt. Sicher denken viele Intellektuelle und Gläubige auf beiden Seiten in Kategorien eines Kulturkampfes oder gar einer eschatologischen Theomachie, wie sie in den heiligen Schriften der abrahamitischen Religionen prophezeit ist. Andererseits gibt es einen spezifisch sudanesischen Pragmatismus, der auswärtige Beobachter immer wieder verblüfft. Schon 1955, bei Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzungen, dienten Tausende von Südsudanesen in den Regierungstruppen; auch in der heutigen, auf ein Vielfaches der damaligen Zahlen angeschwollenen Armee stammen 80 bis 90 vH der Fußsoldaten aus dem Süden und Westen des Landes, zwei Fünftel sollen gar Nichtmuslime sein. In der Regierung al-Beshirs sind mehrere südsudanesische Politiker tätig, und in den Städten im Süden, die im allgemeinen von der Armee gehalten werden, arbeitet ein Großteil der Beamten loyal mit der Regierung zusammen.

Auf der anderen Seite geben die Rebellen ein Bild heilloser Zerstrittenheit ab, die es Khartum immer wieder erlaubt, einzelne Kontrahenten als Verbündete zu gewinnen. Südsudan stellt alles andere als einen geschlossenen Block dar; auch ein unabhängiges ›Nilia‹, wie es in den siebziger Jahren manchen Intellektuellen vorschwebte, würde gewaltige innere Brüche aufweisen. Als Oberst Dr. John Ga-

*Noch am Tage der Terrorschläge gegen das ›World Trade Center‹ in New York und das Pentagon in Washington bekräftigte der sudaneseische Präsident Omar al-Beshir gegenüber den Vereinigten Staaten seine Bereitschaft, im Kampf gegen den Terrorismus mitzuwirken.*



### THE PRESIDENT

**His Excellency MR. George W. Bush**  
**President of the United States of America**

We deeply regret the heinous and deplorable attacks which caused loss of thousands of lives of innocent citizens and great damage of some vital locations in your country.

We would like to express to you, the Government, the people of the United States and the grieved families our deep sympathies and condolences.

We strongly condemn all acts of terrorism. re - affirming our willingness to cooperate with you, and the international community, to combat all acts of terrorism.

*Yours Sincerely,*

**Omer Hassan Ahmed Al Bashir**  
**President of the Republic of the Sudan.**

Addressed to:

**H.E.Mr. George W. Bush**  
**President of United States of America**  
Khartoum, on 11-9-2001

rang und Kerubino Kuanyin Bol 1983 die Sudanesische Volksbefreiungsarmee (Sudan People's Liberation Army, SPLA) gründeten und damit den zweiten Bürgerkrieg eröffneten, stand der Süden des Südens, die Provinz Äquatoria, abseits. Hier hatte die erste Rebellenarmee unter dem Namen ›Anya-Nya‹ (Schlangengift) ihre Hauptbasis, die 1972, nach dem Frieden von Addis Abeba, zu einem großen Teil in die offizielle Armee integriert wurde. Von Ausnahmen abgesehen, hielten die Menschen Äquatorias auch im zweiten Bürgerkrieg zur Zentralregierung, aus Furcht vor einer Vorherrschaft der großen Ethnien Dinka und Nuer, die in der SPLA dominieren.

Nun zerfällt aber auch dieser nilotischsprachige Block, an dem britische Ethnologen einst das Funktionieren des segmentären Prinzips studiert hatten: Einigkeit nur gegen äußere Feinde, ansonsten ist der Feind intern, und das auf verschiedenen Ebenen – die Brüder gegen die Vettern, alle Vettern gegen die Entferntverwandten, die gesamte Abstammungsgruppe gegen Fremde. Garang zerstritt sich mit Bol, inhaftierte ihn; dieser floh, gründete in der Gazellenflußprovinz eine eigene Rebellenarmee, die 1994 mit der Zentralregierung ein Bündnis schloß. International machte sich Bol einen Namen durch die Tribute, die er der OLS abpreßte, und durch die Plünderungen von Hilfsgüterdepots, die er von seinem Hauptquartier Gogrial aus organisierte. 1998 schloß er sich wieder der SPLA an. Seither wächst der Widerstand gegen Garang in dessen engster Umgebung.

Ein anderes Beispiel für die fluktuierende Essenz des patronageartig organisierten Widerstands ist der Abfall der sogenannten Nasir-Gruppe unter dem Nuer Riek Machar und dem Schilluk Lam Akol. Nach dem Vorbild der alten Anya-Nya sagten sie sich von Garangs Kriegsziel eines säkularisierten Gesamtsudan los und proklamierten die Sezession des Südens. Machar wurde 1995 sogar in die Khartumer Regierung aufgenommen; dann bekam er in Brigadegeneral Paulino Matip einen Herausforderer, wurde auch von Khartum wieder verstoßen und kehrte vor kurzem zur SPLA zurück. Matip führt nun die Allianz Khartum-Nasir weiter.

Das auch aus anderen Gegenden der Welt, wo die Staatsautorität zerfällt, bestens bekannte System der Kriegsfürsten (warlords) hat sich in den meisten Gegenden des verkehrsmäßig nur schwach erschlossenen Nilbeckens durchgesetzt. Die Hilfsmaßnahmen der OLS dienen hier als zusätzliche Ressource, die das Rivalitätsgeschäft im Gang hält – ebenso überlebensnotwendig wie der blühende Markt für Handfeuerwaffen, Minen und Munition. Beides, die Lebens- wie die Todesmittel, werden von Nairobi aus vertrieben, wo man im letzten Jahr eine funktionstüchtige Kalaschnikow schon für 6 Dollar bekommen konnte. Die Waffenmengen, die in Nordostafrika in Umlauf sind, sollen noch aus den Dekaden des Kalten Krieges stammen, als West und Ost ihre jeweiligen Verbündeten großzügig aufrüsteten. Der Sudankonflikt war aber nie ein richtiger Stellvertreterkrieg; entsprechend bedeutete in diesem Kontext das Jahr 1989 nichts weiter, als daß der äthiopische Gewaltherrscher Mengistu als großzügiger Förderer Garangs ausfiel. Andere traten an seine Stelle; in Khartum denkt man dabei vor allem an den israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad. Bis zum Ausgleich zwischen Khartum und Kampala und der Beendigung der wechselseitigen Unterstützung der Regierungsgegner konnte die SPLA auch auf ugandische Sympathien zählen<sup>17</sup>, die wiederum der Weiterleitung von Hilfe aus den USA an die SPLA förderlich waren.

Betrachtet man die andere Kriegspartei, die Zentralregierung, etwas näher, so sind auch hier vielfache Friktionen zu erkennen, die von der seit 1989 regierenden Militärjunta nur mühsam überdeckt werden. Konnte sich al-Beshir am Anfang noch auf die dynamische Reformistenpartei NIF (National Islamic Front) stützen, so ist deren schillernder Kopf Hassan al-Turabi mittlerweile zum Oppositionellen geworden, der sich mit der SPLA trifft und die NIF selbst zersplittert hat. Ebenso undurchsichtig ist die Rolle Sadiq al-Mahdis, der während der demokratischen Periode von 1985 bis 1989 die tra-

ditionelle Verbindung der Mahdisten zu den Hirtenstämmen Kordofans und Darfurs ausspielte und Stammesmilizen gegen die von Süden heranrückende SPLA ausrüstete. Wenn wieder einmal Sklaven von Hilfsorganisationen freigekauft werden<sup>18</sup>, erzählen sie meist vom Menschenraub durch solche Reiterkrieger, die mit ihren Razzien (vom arabischen ›ghāziya‹) in die südlichen Nachbargebiete an vorkoloniale Praktiken anzuknüpfen scheinen, wo die Randzonen islamischer Herrschaft oft als Plünderungsreservoir galten.

Bei allem Opportunismus und aller Rivalität der Machthaber auf beiden Seiten darf nicht vergessen werden, daß es in Sudan eine alte autochthonistische Tradition gibt, die von dem Glauben getragen wird, daß dem Westen – mit seiner säkularen Ideologie und seiner Geopolitik zugunsten des Zionismus – Widerstand geleistet werden muß. Die Islamisierung des riesigen Landes ist ein vor Jahrhunderten begonnener, langsamer und noch lange nicht abgeschlossener Prozeß. Merkwürdigerweise wurde er gerade in den Phasen der faktischen Fremdherrschaft 1821 bis 1885 und 1898 bis 1956 beschleunigt. Die emsigen Aktivitäten der christlichen Missionen und Kirchen haben auf ihre Weise beigetragen zur Vergrößerung der muslimischen Mehrheit, zu der sich längst auch ›schwarzafrikanische‹ Bevölkerungsgruppen wie in den Nubabergen oder in Süd-Funj an der äthiopischen Grenze bekennen, für die John Garang die Befreiung vom islamischen Joch erreichen möchte.

Die Mahdiya genannte Phase der sudanesischen Geschichte von 1885 bis 1898 war die erste reformislamische Erhebung; sie richtete sich gegen die Ungläubigen aus dem Ausland und die Heiden im Inland. Die zweite Erhebung steht im Konfliktfeld Naher Osten und wurde durch die Ölfunde neu angefacht. Die Regierung kann mit dem neuen Geldsegen ihre Armee modernisieren und Kriegsfürsten im Süden einkaufen. Sie wird deswegen diese neuerschlossenen Quellen mit allen Mitteln verteidigen; sie muß dies tun, weil einflußreiche Südsudanesen der Meinung sind, das Öl gehöre allein ihnen. Zur Durchsetzung dieser Ansprüche nehmen sie eine weitere Verelendung des Landes in Kauf, so wie 1983, als der Frieden von Addis Abeba gerade elf Jahre alt war und die Wunden des ersten Bürgerkriegs noch nicht vernarbt waren.

### Erklärungsansätze

Die ethnologische Konfliktforschung hat anderen Perspektiven voraus, daß sie sich auf Mikroanalysen stützt und den seit Max Weber bekannten ›subjektiven Sinn‹ der Handelnden ernst nimmt. Aus diesem Übersetzungs- und Verstehensprozeß resultieren gemeinhin keine Handlungsanweisungen, weshalb politisch Handelnde auch selten Ethnologen als Berater beschäftigen. Ganz besonders evident wird diese Kluft zwischen politischer Vernunft und ethnologischer Analyse, wenn der zu verstehende Sinn als politisch unkorrekt erscheint. So hat zum Beispiel der sudanesischer Widerstand gegen die Globalisierung bis hin zu seinen offenkundigen Ressentiments einiges gemein mit den Faschismen der europäischen Zwischenkriegszeit<sup>19</sup>. Der sogenannte innere ›jihād‹, den die Khartumer Regierung 1992 ausrief, trägt viele Züge einer ›aufgerüsteten Kultur‹, wie sie die Ethnologie unter dem Stichwort ›Nativismus‹ seit längerer Zeit studiert hat und in jüngerer Zeit auch ›Autochthonie‹ im Sinne eines vielleicht verzweifelten Festhaltens an der lokalen Zugehörigkeit und eigenen Steuerkompetenz nennt. Ob die verteidigten Prinzipien dabei tatsächlich im eigenen Boden wurzeln oder, wie beim Islam Sudans offensichtlich, ebenfalls Import waren, spielt keine Rolle. Auch katholische Faschisten haben sich für eine importierte Religion aufgeopfert, nicht für das eigentlich bodenständige Heidentum. Entscheidend für die ethnologische Betrachtung ist einzig der Glaube – und dieser als Handlungsanleitung, nicht als Irrtum.

Sudan stellt mit seiner Gewaltgeschichte weder im Nahen Osten noch im übrigen Afrika einen besonderen Ausnahmefall dar. Mehre-



re Ethnologen haben sich in jüngerer Zeit um Verständnis (nicht Rechtfertigung!) solcher Gewaltlandschaften bemüht, wie sie außerhalb und am Rande der Industriegesellschaften fast zum Normalfall geworden sind und wie sie, von der substantiell anderen Bewaffnung abgesehen, wiederum an Verhältnisse vor der ›pax colonica‹ erinnern. Georg Elwert hat hervorgehoben<sup>20</sup>, daß der Kriegsfürst ein ›homo oeconomicus‹ ist, der scharf kalkuliert, um sich auf seinem spezifischen Markt behaupten zu können. Diese Argumentation ist wichtig gegen all jene Beobachter, die aus etatistischem Dünkel heraus die Afrikaner als noch nicht reif für den Staat und deswegen in tribalen Strukturen gefangen sehen. Kriegsfürsten sind aber Erscheinungen der Moderne, spezielle Anpassungen an die Globalisierung, vor allem des Waffenhandels und der Kasernenkultur.

Die ethnologischen Erklärungsmodelle können an dieser Stelle nicht

im einzelnen vorgestellt werden; hingewiesen sei beispielhaft auf die Langzeitfeldforschung Richard Rottenburgs<sup>21</sup> bei einer Gruppe der Nuba in Südkordofan. Auf die allgemeine Verheerung durch militärische Gewalt würden die Gruppen der Nuba nicht wie die Niloten mit dem »Warlord-System« reagieren, sondern mit einer Art Krisenparlament, wie er die den Beitritt zur SPLA legitimierende Versammlung von 1992 deutet. Auch die seit 1995 erscheinende Widerstandszeitschrift ›Nafir‹ versuche, der Vielfalt der Nuba-Gruppen gerecht zu werden, obwohl die Bedrohung von zwei Seiten und die unmittelbare Nähe zu den Ölfeldern eine politische Einigung erforderlich mache.

Ein anderer Ansatz geht vom Interventionismus aus, mit dem reiche Staaten, internationale Organisationen und NGOs unter dem Banner universeller Menschenrechte den Staat zurückdrängen oder aushebeln. De Waal spricht gar von einer »Nothilfeindustrie«<sup>22</sup>, die nach der Beobachtung verschiedener Analytiker<sup>23</sup> Opfergruppen definiert und aufbaut. Das erste afrikanische Beispiel dafür war der Biafra-Konflikt; in Sudan sind das nun ›die‹ Nuba und die christlichen Dinka, die vor dem ›bösen‹ Staat geschützt werden müssen, ungeachtet der Tatsache, daß viele Nuba und Dinka in dem Konflikt nicht Partei sind respektive in der Regierung oder ihren Organen mitarbeiten.

Ein weiteres Modell, das sich für die Analyse der sudanesischen Synthesen und Konflikte verwenden läßt, ist der Einschluß-Ausschluß-Mechanismus, der auf der internationalen Ebene ebenso funktioniert wie auf der intertribalen. Im Mediendiskurs der westlichen Länder werden ›gute Wilde‹ regelmäßig vereinnahmt, ›böse Wilde‹ dagegen ausgeschlossen. ›Wilde‹ sind hier die Bewohner zivilisationsarmer Räume; ob sie als ›gute‹ Beistand oder als ›böse‹ Drohungen zu gewärtigen haben, hängt von Umständen der jeweiligen Situation ab. Häufig spielt sich der Westen zum Richter auf zwischen ›guten‹ Autochthonen und ›schlechten‹ Allochthonen. Als letztere wurden schon zur britischen Kolonialzeit die Araber Sudans ausgemacht, obwohl sie, deren Immigration vor über 1000 Jahren begann, weit ›ortsansässiger‹ sind als alle ›khawajāt‹, wie die reichen Levantiner, dann Europäer und US-Amerikaner in Sudan genannt werden.

Solange das Gespenst des Kommunismus auf der internationalen Bühne noch mitspielte, war der Islam natürlicher Verbündeter des Westens. Der CIA baute ein internationales Netzwerk von sogenannten heiligen Kriegeren auf, und Khartum genoß seit dem Schwenk Numeiris die Privilegien eines Freundes der USA, während die SPLA im Süden vom moskauhörigen Mengistu gefördert wurde. In den neunziger Jahren erfolgte ein Szenenwechsel: aus den bisher Ausgeschlossenen wurden Eingeschlossene und umgekehrt. Die Mudschahedin und andere islamische Frontkämpfer, von denen es in dem heißen, asketischen Sudan viele gibt, wandten sich nun gegen ihre bisherige Schutzmacht, die sie nicht mehr brauchte, und die Rebellen schalteten in ihrer Rhetorik vom säkularen Sozialismus auf die Zivilgesellschaft um. Damit verstärkten sie ihre Vernetzung mit der westlichen Menschenrechtsszene weit über die Kirchen hinaus, die Südsudan schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts als besondere Arena im Kampf um die Seele Afrikas begreifen.

Die Analyse auf mehreren Ebenen, mit der heutige Ethnologen Konfliktfelder studieren und verstehen, ergibt, wie angekündigt, kein Rezept. Es gibt auffällig viele Interventionisten, die, weil sie ein Rezept haben, sich um das Heil des Sudan aktiv kümmern. Sozialwissenschaftler, insbesondere Ethnologen, die sich jahrelang vor Ort um die richtige Übersetzung der jeweiligen Binnenperspektive bemühen, neigen eher zu einer nichtinterventionistischen Haltung, auch wenn diese angesichts des heillosen Elends der Vertriebenen, der Krüppel und Hungerleidenden schwer fällt. Doch auch die zahllosen Organisationen, die dem Land zu helfen scheinen, konnten den Krieg bislang nicht beenden und haben oft Mühe, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, Teil an seiner Perpetuierung zu haben.

1 Die Zahlen stammen aus J. Gruiters / E. Tresoldi, Sudan. A Cry for Peace. Report of a Pax Christi International Mission, Brussels/Utrecht 1994. Arabische Quellen setzen den Anteil der Muslime höher an.

2 Die Argumentation folgt insbesondere Günther Schlee, der am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle/Saale diesen Fragen vor allem an nordostafrikanischen Beispielen nachgeht; vgl. z.B. Alexander Horstmann / Günther Schlee (Hrsg.), Integration durch Verschiedenheit. Lokale und globale Formen interkultureller Kommunikation, Bielefeld 2001.

3 Dazu Christian Sigrist, Regulierte Anarchie. Untersuchungen zum Fehlen und zur Entstehung politischer Herrschaft in segmentären Gesellschaften Afrikas, Olten/Freiburg 1967 (Neuaufgabe: Frankfurt am Main 1979); Bernhard Streck, Die Stiftung von Gruppenidentität als ethnologisches Problem, in: Sociologus 42/2 (1993), S. 97-112.

4 Vgl. Bernhard Streck, Gewehr und Speer. Bewaffnete Macht in der Republik Sudan, in: Kursbuch 67 (1982), S. 88-98.

5 Oliver Albino, The Sudan. A Southern Viewpoint, London 1970.

6 Eine umfassende Darstellung der Kriegshandlungen in der ersten Phase liefert Edgar O'Ballance, The Secret War in the Sudan 1955-1972, London 1977.

7 Zu den Hintergründen der zweiten Phase aus der Binnenperspektive: John Garang, The call for democracy in Sudan, London 1987/1992; aus der Sicht des Zeithistorikers: Douglas H. Johnson, The Root Causes of Sudan's Civil Wars, Oxford 1997; zur Lage der Minderheiten im Bürgerkrieg allgemein: Minority Rights Group, Sudan, Conflict and minorities, London 1995.

8 Siehe zum Verständnis dieses von einem breiten Spektrum sudanesischer Intellektueller geteilten Standpunkts vor allem die Arbeiten des Politologen Mohamed Omer Beshir, z.B. The Southern Sudan: Background to Conflict, Khartoum 1968; The Southern Sudan: From Conflict to Peace, Khartoum 1975; The Mercenaries and Africa, Khartoum 1972; Revolution and Nationalism in the Sudan, London 1974.

9 Vgl. Rainer Tetzlaff / Karl Wohlmut (Hrsg.), Der Sudan. Probleme und Perspektiven der Entwicklung, Frankfurt am Main 1980.

10 Nach Mohamed Suliman, 18 Years of Civil War in the Sudan, in: Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung Nr. 60, Zürich 2001, S. 41-71.

11 Mit Resolution 1372 v. 28.9.2001; Text: S. 135 dieser Ausgabe. Die USA enthielten sich der Stimme.

12 Umfassend über die Nothilfe der Vereinten Nationen für Sudan hat für den Zeitraum von Mitte 1999 bis Mitte 2001 der Generalsekretär der UN-Generalversammlung auf ihrer 56. Tagung berichtet; UN Doc. A/56/412 v. 27.9.2001. Die Generalversammlung hat sich in ihrer Resolution 56/112 v. 14.12.2002 mit der Nothilfe für Sudan befaßt.

13 John Ryle, Sudan: The perils of aid, in: The New York Review of Books, May 14, 1998 (vgl. Die Zeit v. 3.9.1998); African Rights, Food and Power in Sudan. A Critique of Humanitarianism, London 1997. Siehe zur Bilanz der OLS allgemein Geoff Loane / Céline Moyroud (eds.), Tracing Unintended Consequences of Humanitarian Assistance: The Case of Sudan. Field Study and Recommendations for the European Community Humanitarian Office, Baden-Baden 2001.

14 E/CN.4/2002/95 v. 16.1.2002.

15 E/CN.4/2002/95/Add.1 v. 5.2.2002.

16 Mit dem Ausdruck ›hadd‹ bezeichnet das islamische Recht die »Grenze«, die Gott selbst gezogen hat. Wird sie verletzt, müssen die ›hadd‹-Strafen verhängt werden: Steinigung für Unzucht, Handamputation für Diebstahl, Auspeitschen für Alkoholkonsum; vgl. Günter Barthel / Kristina Stock (Hrsg.), Lexikon der Arabischen Welt, Wiesbaden 1994.

17 Der seit Anfang 1986 im Amt befindliche Präsident Ugandas kennt John Garang von der gemeinsamen Mitgliedschaft in der damaligen, als ultralinks geltenden USARF (University Students' African Revolutionary Front) an der Universität Daressalam; Garang sei ein ›sehr aktives Mitglied‹ der USARF gewesen. Yoweri Kaguta Museveni, Sowing the Mustard Seed. The Struggle for Freedom and Democracy in Uganda, London/Basingstoke 1997, S. 26.

18 Alex de Waal, Famine Crimes. Politics and the disaster relief industry in Africa, Oxford 1997.

19 Dieser Gedanke findet sich ausformuliert bei Bernhard Streck, Menschenrecht und Gottesrecht. Zu den Auswirkungen des islamischen Fundamentalismus im Sudan, in: Anna-Maria Brandstetter / Gerhard Grohs / Dieter Neubert (Hrsg.), Afrika hilft sich selbst. Prozesse und Institutionen der Selbstorganisation, Münster / Hamburg 1994, S. 287-294.

20 Georg Elwert, Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt, in: Trutz von Trotha (Hrsg.), Soziologie der Gewalt, Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (1997), S. 86-101.

21 Richard Rottenburg, Ndemwareng. Wirtschaft und Gesellschaft in den Moro-Bergen, München 1991; ders., Das Inferno am Gazellenfluß: Ein afrikanisches Problem oder ein »schwarzes Loch« der Weltgesellschaft?, in: Leviathan 30/1 (2002), S. 3-33.

22 De Waal (Anm. 18), S. 86-105.

23 Francois Jean / Jean-Christophe Rufin (Hrsg.), Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg 1999.

\*

Sudan ist ein vielfach zusammengesetztes Land. Einheit im Sinne eines europäischen Nationalstaats kennt es nicht. Aber es besitzt eine Tradition des Tolerierens von Gegensätzen, die teils aus dem Ignorieren, teils aus dem Komplementieren besteht. Zu hoffen bleibt, daß dieser Stolz auf die landesprägenden Synthesen bei den Verantwortlichen wiederkehrt. Ob das Ausland oder die internationale Staaten-

gemeinschaft hier viel nachhelfen können, läßt sich schwer sagen. Oft wurde in Sudan das Gegenteil des politisch Beabsichtigten erreicht. Was auf jeden Fall nützt, ist das unvoreingenommene Studium der Prozesse, die vielfach miteinander verflochten sind und dann doch wieder ein überraschendes Eigenleben entwickeln. Dazu braucht es ein Gespür für Differenzen, die nicht immer mit den Grundwerten der westlichen Staaten in Einklang zu bringen sind.

# Sudanesische Menschenrechtsbilanz

## Innenansichten der Rolle eines Sonderberichterstatters

GERHART R. BAUM

Seit Anfang 2001 mache ich auf dem Gebiet der internationalen Menschenrechtspolitik eine ganz neue Erfahrung: Als Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen habe ich diesem Gremium und auch der UN-Generalversammlung über die Lage der Menschenrechte in dem seit Jahrzehnten vom Bürgerkrieg geplagten nordostafrikanischen Staat Sudan zu berichten. Berufen wurde ich auf Vorschlag der Gruppe der afrikanischen Staaten Ende Dezember 2000. Mein Vorgänger, Leonardo Franco aus Argentinien, war wenige Wochen zuvor zurückgetreten.

Seit meiner Ernennung habe ich dreimal die Region besucht: im März und im Oktober 2001 sowie im Februar/März 2002. Ich habe Gespräche im Norden Sudans mit den Vertretern der Regierung und mit zahlreichen Menschen aus allen Lebensbereichen geführt. Ich bin mit Vertretern der Rebellen des Südens in den von ihnen kontrollierten Gebieten, in Nairobi und in London zusammengetroffen. Ich habe Flüchtlingslager und Gefängnisse besucht. Die politische Lage konnte ich auch in Kairo, New York und Washington sowie in London und Brüssel erörtern.

2001 habe ich der Menschenrechtskommission nur mündlich berichten können. Der Generalversammlung habe ich einen Zwischenbericht (A/56/336 v. 7.9.2001) vorgelegt; der 58. Tagung der Menschenrechtskommission legte ich meinen Bericht mit den Erfahrungen des ersten Jahres meiner Tätigkeit als Sonderberichterstatter vor (E/CN.4/2002/46 v. 23.1.2002). Auf Basis dieser Darlegungen wurden Resolutionen verabschiedet, die jeweils von der Europäischen Union (EU) eingebracht worden waren.

### Mein Mandat

Nach der Erfahrung als Leiter der deutschen Delegation zur Menschenrechtskommission in den Jahren von 1992 bis 1998 und auf der Weltmenschrechtskonferenz 1993 in Wien habe ich Menschenrechtspolitik jetzt nicht mit dem Mandat einer Regierung, sondern mit dem der Vereinten Nationen zu verantworten. Dies brachte mir neue Erfahrungen. Ich bin ganz und gar unabhängig, in meiner Meinungsbildung letztlich nur auf mich selbst gestellt, wie auch bei der Gesprächsführung und den zahlreichen Begegnungen mit vielen Menschen.

Ich werde sehr sachkundig, aufmerksam und hilfsbereit von einer Mitarbeiterin des Amtes der Hohen Kommissarin für Menschenrechte in Genf betreut und begleitet. Sie gibt mir wichtige Hinweise, führt das Protokoll, entwirft die Berichte und bereitet die Reisen vor. Dennoch ist dies jetzt eine neue Erfahrung für mich, denn viele Jahre war ich als Angehöriger von Delegationen gereist oder als Mitglied der Bundesregierung in Begleitung erfahrener Diplomaten.

Zur vorbereitenden Meinungsbildung ist ein Netzwerk von Beratung und Information notwendig, wie ich es aus meiner früheren Tätigkeit in der Menschenrechtskommission kannte. Also lag die Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsorganisationen nahe. Kontakte zu

›Human Rights Watch‹, die einen stark politischen Ansatz verfolgt, habe ich in den Vereinigten Staaten. Das ist wichtig, weil die USA eine Schlüsselfunktion auf dem Weg zum Frieden in Sudan haben. Besonders wichtig sind mir die Fachleute von ›Amnesty International‹ (AI) in London. Informationen, Beratung und Hilfe erfahre ich auch durch das Auswärtige Amt und die deutschen Botschaften vor Ort.

Von den deutschen nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) sind für mich hilfreich die Sudan-Koordinierungsgruppe von AI, der ›Sudan Focal Point Europe‹, den Marina Peter steuert, und zahlreiche andere Gruppen sowie Einzelpersonen wie zum Beispiel Staatssekretär a.D. Klaus-Otto Nass aus Niedersachsen oder Rupert Neudeck, der Gründer der Hilfsorganisation ›Cap Anamur‹. Zweimal schon seit meiner Mandatsübernahme hatten die Fraktionen von CDU/CSU und FDP zahlreiche sudaninteressierte NGOs in den Deutschen Bundestag eingeladen. Von großem Nutzen ist auch der Kontakt zu den Kirchen: Oberkirchenrat Volker Faigle vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, der mir auch ein Gespräch mit dem Erzbischof von Canterbury vermittelt hat, ist ein profunder Kenner der Lage, so wie es auch die Vertreter des katholischen Hilfswerks ›Missio‹ in Aachen sind. Auch in Khartum gibt es NGOs und Einzelpersonen, auf deren Berichte ich angewiesen bin; gleiches gilt für den von Sudanesen in London jährlich erarbeiteten Bericht der ›Gruppe sudanesischer Folteropfer‹. Eine Fülle, manchmal Überfülle, an Informationen bietet das Internet.

Die UN selbst stellen mir Informationen aus den Berichten der zu bestimmten Themen eingesetzten Berichterstatter zur Verfügung; zusammen mit diesen übermittle ich von Zeit zu Zeit auch Proteste nach Khartum, etwa wenn die Meinungsfreiheit verletzt wird oder Scharia-Strafen drohen. Entgegen aller Befürchtungen, die ich anfangs hatte, erfuhr ich aktive Unterstützung durch den UN-Apparat – in Genf, New York wie auch vor Ort in Afrika. Auch die dort tätigen humanitären Hilfsorganisationen sind eine Quelle wichtiger Erkenntnisse. Eine bedeutende Information war vor einigen Monaten eine Veröffentlichung der NGO ›International Crisis Group‹ in Brüssel zu Sudan (God, Oil and Country). Die diplomatischen Vertreter westlicher Regierungen wie auch die Journalisten, die sich mit Afrika befassen, sind gute Gesprächspartner. Alles in allem bin ich wie jeder Berichterstatter im UN-System ein Einzelkämpfer. Nur durch ständige Eigeninitiative in Richtung auf Kontakte und Reisen kann ich mein Mandat ausfüllen, das mich im letzten Jahr etwa sieben bis acht Wochen außerhalb Kölns in Anspruch genommen hat.

Obwohl ich nicht für die Bundesregierung tätig bin, sind Informationen, die ich vom Auswärtigen Amt in Berlin bekomme, eine der Grundlagen meiner Arbeit. Der deutsche Botschafter in Khartum, Mathias Meyer, zugleich der Repräsentant der EU in Sudan, ist ebenso ein unverzichtbarer Partner wie die Ständige Vertretung Deutschlands beim Büro der Vereinten Nationen in Genf mit Botschafter Walter Lewalter an der Spitze. Auch der Deutsche Bundestag, der